

MAZ, 14.06.2008

**BILDUNG: Zaun soll wieder weg**

## **Eltern und Ausschuss beraten über Bolzplatz für „Pusteblume“- und Wohngebietskinder**



*BLANKENFELDE* - Der Garten der Kita „Pusteblume“ in Blankenfelde ist seit kurzem um 800 Quadratmeter geschrumpft. Die Gemeinde hat den hinteren Teil des Grundstücks abgetrennt, den sie zur Pacht nutzte. Vom Zaun überrascht fühlen sich jetzt Eltern vor vollendete Tatsachen gestellt.

„Der Eigentümer will das Grundstück verkaufen“, sagt Volker Stephan. Der engagierte Vater und weitere Eltern wollen, dass ihren Kindern weiterhin die Fläche zur Verfügung steht. Deshalb regen sie an, die Parzelle zu erwerben. Man wisse, dass die Mindestgröße von zehn Quadratmetern Freifläche pro Kind in der „Pusteblume“ ausreichend erfüllt werde. Dennoch, „die Fläche kann gar nicht groß genug sein, einige Kinder können sich Sportvereine nicht leisten“, so Stephan. Deshalb schlugen die Eltern dem Bildungsausschuss vor, über Möglichkeiten des Grundstückskaufs nachzudenken. Wie auch schon bei dem Kita-Anbau boten sie Hilfe an. Sie stellen sich unter Umständen gar einen „Plan B“ mit einer möglichen Elternbeteiligung vor.

Auf der Fläche war eigentlich ein Bolzplatz geplant. Der könne auch gut nachmittags von allen Kindern genutzt werden, „dann wäre es gut angelegtes Geld“, sagte Regina Bomke (CDU). Gerhard Kalinka begrüßte die Idee, zwei bis drei Generationen würden noch davon profitieren, die Kinder hätten eine besondere Belastung zu ertragen, so der Bündnisgrüne. Er bezog sich auf Einsprüche von Heidrun Nobis und Otto Dase (Die Linke), die „Pusteblume“ liege direkt in der Einflugsschneise. Wäre der Bolzplatz für verschiedene Altersklassen, könne er sich mit dem Gedanken anfreunden, betonte Uwe Schüler (SPD).

Marion Dzikowski vom Kommunalservice wies darauf hin, dass es für einen Bolzplatz bei den Grundstückskosten nicht bliebe.

Unabhängig vom Grundsatzbeschluss zur Zukunft der Kindereinrichtungen soll jetzt die Verwaltung erst einmal Verkaufsabsichten signalisieren und

sich über die Kosten informieren. Daraus ableitend wird der Ausschuss möglicherweise einen Vorratsbeschluss formulieren. (Von Elke Höhne)